



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Opposition gegen das englische Ministerium.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die Zukunft wird größere Vorsicht auf der „Westseite“, wie auf der andern Seite der Bewohner dieses Landes erfordern.

Beurtheilen wir die Petenten nicht zu hart. Wie Wenige giebt es, denen die Finger nicht prickelten und die Fäuste zuckten, als ihnen der Wisz ausging? Auch unsren Freiburgern ging es so. Wie Viele gehen umher und sind einer schmerzhaften Behandlung ihrer Westseite werth? Freiburg kennt Manche solcher Biedermänner.

Wenn nun die höchst ehrenwerthen Petenten in der constitutionellen Form der Petition den Stock der Regierung in die Hand drücken, so wollen sie damit wahrscheinlich nicht um Schläge für sich selbst gebeten haben, sondern es befeelt sie das nicht constitutionelle Bewußtsein, daß die Regierung mit ihnen zu Einer Partei gehöre. Diese Leute glauben so gut, nur um Rechte und nicht um Pflichten zu bitten, wie die Bischöfe der oberheinischen Kirchenprovinz. — In der Kammer war das Schicksal der Petitionen natürlich ein entschiedenes ungünstiges, und das bestehende Verbot der Thierquälerei giebt Veranlassung, bei der Regierung ein Gleiches zu erwarten. Aber sind nicht auch die Forderungen der Bischöfe der oberheinischen Kirchenprovinz von der Regierung schon zurückgewiesen worden? Rom läßt sich in keine Concordate mit diesen kezerischen Regierungen ein, und wir müssen uns daher mit seinen Circumscriptionsbullen begnügen. Concessionen können wir daher nicht erst nach Monate langem Notenwechsel machen, und die Bischöfe sind der besten Hoffnung. Sollte es dahin kommen, sollte Hand in Hand die Aufhebung des landesherrlichen Placet und die Einführung der Prügelstrafe unsrem Land ein mehr historisches Gepräge geben, dann wird es für die Gesellschaftswissenschaft (denn nur „gewisse Klassen“ sollen geprügelt werden) von Interesse sein, den Stand der „Prügel-fähigen“ genau zu begrenzen. Eine Circumscriptionsbulle Ad dominici gregis custodiam neuer Art wird unsre Gesetzgebung zieren.

Die Opposition gegen das englische Ministerium.

Die gegenwärtigen politischen Vorgänge in England sind deshalb so interessant, weil sie zwei wichtige constitutionelle Streitfragen: das Verhältniß eines Minoritätsministeriums zu der Volksvertretung, und die Befugniß der letztern, die Steuern zu verweigern, um das Ministerium zum Abtreten zu zwingen, zur parlamentarischen Erörterung bringen. Die Forderung, daß das Ministerium stets im Einklang mit der Majorität der Kammern handeln müsse, und daß diese als letzte Waffe gegen ein hartnäckiges Minoritätsministerium zur Steuerverweigerung greifen dürfe, ist in Deutschland als unverträglich mit einer starken und geordneten Regierung zurückgewiesen worden. Es ist daher lehrreich zu sehen, wie man in England mit ihrer Gewährung recht gut auskommt.

Der in der Parteiversammlung bei Lord John Russell am 12. beschlossene Versuch, das Ministerium Derby in der Montagsitzung durch eine directe Anfrage zu einer bestimmten Erklärung über seine Handelspolitik zu bringen, ist gescheitert. Lord Derby im Oberhause und Herr d'Israeli im Unterhause befolgten die gleiche Taktik, „sie bemühten sich, den Pferdefuß der Protectionspolitik unter dem Mantel amtlicher Schweigsamkeit zu verbergen“, wie Herr Osborne, das radicale Mitglied für Middlesex, spottete. Lord Derby, einst wegen seiner rückhaltslosen Offenheit und seines feurigen Angestüms der Prinz Rupert der Debatte genannt, ist zum Fabius Cunctator geworden, und Herr

d'Israeli ist von früher schon gewohnt, seine wahre Meinung hinter einer Wolke glänzender Phrasen zu verbergen. Dagegen zeigte sich bei der Opposition — die Peeliten und Lord Palmerston mit eingeschlossen — das vollkommenste Einverständnis in dem einen Punkte — das Ministerium sich nicht vor einer neuen Wahl in seinem Amte befestigen zu lassen, wenn es nicht ausdrücklich der Schutzollpolitik entsagt. Eine zweite wichtige Debatte fand am 19. statt, als es sich um die alljährliche Bewilligung der Mannschaft für Armee und Marine und die für ihren Unterhalt nöthigen Summen handelte. Um die Eintracht aller Oppositionsparteien an den Tag zu legen, begann der Radicale Osborne den Angriff, während Lord John Russell, der Peelit Cardwell und die Manchester-Freihändler Bright und Cobden die constitutionelle und nationalökonomische Seite der Frage beleuchteten. Schon vorher hatte Herr d'Israeli sich auf eine Anfrage Lord Russell's geweigert, Auskunft zu geben, welche Gesetzentwürfe er vor der Parlamentsauflösung noch dem Hause vorzulegen gedenke, wie auch im Oberhause Lord Derby erklärt hatte, das Ministerium beabsichtige, erst gegen Ende des Jahres ein neues Parlament zusammenzuberufen. Diesen Versuch, als Minoritätsministerium die Regierung zu leiten, erklärt Lord Russell für unverträglich mit der Verfassung Englands, und führt als Autorität die Gründe an, welche der Stifter der neuen conservativen Partei, Sir Robert Peel, im Jahre 1841 gegen die Whigs gebraucht hatte. Dieser große Staatsmann stellte als Grundlehre des Constitutionalismus auf: 1. daß die Fähigkeit der Regierung, Maßregeln und Gesetze in dem Hause zur Annahme zu bringen, eine wesentliche Bedingung für die Unabhängigkeit des Landes sei; 2. daß der Regierung, wenn sie diese Fähigkeit nicht länger besitze, nur eine Alternative übrig bleibe: abzutreten oder das Parlament aufzulösen; 3. daß diese Auflösung so schnell stattfinden, als der öffentliche Dienst es nur erlaubt. Allerdings lasse sich auch ein Minoritätsministerium denken, welches sich auf die laufenden Verwaltungsgeschäfte beschränkt, und dem Parlamente gar keine Maßregeln zur Billigung vorlegt. Aber ein solches Verhalten sei dem Geiste der englischen Verfassung eben so zuwider, als es der Regierung schädlich sei, indem das Unterhaus durch seine Isolirung unfehlbar gereizt werden müsse, in die Prærogative der Krone einzugreifen. Herr d'Israeli wagte nicht die Richtigkeit der von Russell angeführten Principien anzugreifen, aber er bestritt ihre Anwendbarkeit auf das Ministerium Derby. Das Whigministerium, auf welches Peel diese Grundsätze angewendet habe, sei von einer Majorität des Hauses verurtheilt worden, während dies gegenwärtig nicht der Fall sei. Als ob die Führer nicht selbst bekannt hätten, daß sie nur eine Minorität im Hause vertreten, und als ob sie einem Verdammungsurtheil durch die Majorität nicht bloß dadurch entgingen, daß sie jeder Principienfrage sorgfältig ausweichen, und ihre wahre Politik nicht nur nicht auszuführen, sondern nicht einmal einzugestehen wagen! Da nun das Ministerium sich nicht geneigt zeigt, sich vor der Majorität zu beugen, muß diese zum letzten Zwangsmittel, einer Verweigerung des Budgets, greifen. Um die Sicherheit des Landes nicht zu gefährden und die Ordnung der Verwaltung nicht zu stören, hat man die geforderte Mannschaftszahl für Heer und Marine zwar wie gewöhnlich auf ein Jahr genehmigt, das Votum über dazu erforderliche Summen aber für nächste Sitzung (22. März) ausgesetzt, um einen Antrag zu stellen, sie bloß auf drei Monate zu bewilligen. So bleiben Heer und Marine in ihrer Stärke unberührt, während das Ministerium nicht weiter regieren kann, ohne das Parlament sofort aufzulösen, um zu versuchen, ob es durch eine Neuwahl eine Majorität erlangt.

Setzt die Opposition ihren Plan durch, so tritt im Mai ein neues Parlament zusammen, während das Ministerium bis zum Spätherbste warten möchte. Man könnte sich wundern, daß man auf diese Paar Monate eine so große Wichtigkeit legt, wenn nicht noch zwei Umstände dabei in Betracht kämen. In diese Zwischenzeit fällt erstlich die jährliche Revision der Wählerlisten durch die unteren Gerichte. In England werden nämlich von Amtswegen keine Wählerlisten angelegt, sondern der Wahlberechtigte muß selbst für seine Einzeichnung Sorge tragen, wie auch die Streichung Unberechtigter nur auf Nachweis der Nichtberechtigung und auf Kosten des Antragstellers erfolgt. Da es nun in England ebenfalls genug politische Indifferenten giebt — selbst in Bezirken, wo viel politisches Leben herrscht, wie in den hauptstädtischen, und bei Wahlen, denen eine lebhaftere Agitation vorhergegangen ist, sind oft nur gegen 50% der Wähler eingeschrieben — so bleibt jeder Partei immer noch viel zu thun übrig, um durch Anspornen der Trägen und Gleichgiltigen die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren, und durch sorgfältigste Säuberung der gegnerischen Listen die Stärke der Anderen zu vermindern. Das Ministerium ist dabei immer im Vortheil, weil es Mittel in Händen hat, den Eifer seiner Agenten aus der Staatskasse zu belohnen, während die Gegner auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sind. Auch sind die gegenwärtigen Listen zu einer Zeit angefertigt, wo die Tories eine allgemeine Wahl noch fern glaubten: sie hatten daher keine Veranlassung, sich in dem kostspieligen Eifer, die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren und die ihrer Gegner zu vermindern, zu überbieten, während sie jetzt, wo es sich um die Rettung oder das definitive Aufgeben des Schutzzollprinzips handelt, alle ihre Kräfte anwenden werden. Zweitens giebt eine längere Dauer des Parlaments dem Ministerium Gelegenheit, sich auf eine sehr wohlfeile Art populair zu machen, während es große Sorge trägt, seine unpopulären Principien vor der Wahl ganz in den Hintergrund treten zu lassen. Es kam eine Reihe von Gesetzen vorlegen, die an und für sich sehr wünschenswerth sind, wie z. B. über die Reform des Kanzleigerichts. Wollte die Opposition ihren liberalen Principien so weit untreu werden, daß sie diese Gesetze ablehnte, so würde ihr dies bei der nächsten Wahl sehr schaden; genehmigt sie diese Gesetze, wie sie gar nicht vermeiden kann, da sie zum Theil von ihr angeregt sind, so verschafft sie dadurch den Tories eine Popularität, die sie dann auf der Wahlbühne mit Erfolg ausbeuten würden; hätten sie dann erst eine Majorität im Parlament, so träten sie mit ihren schutzzöllnerischen Plänen offen hervor. Von Lord Derby's stolzem und ehrenhaftem Charakter ist zwar eine solche unloyale Handlungsweise kaum zu erwarten, aber die diplomatisch rückhaltende Sprache der Hauptpersonen seines Cabinets und die unvorsichtigen Aeußerungen einiger untergeordneter Mitglieder fordern doch zur Vorsicht auf.

Pariser Bottschaften.

Ludwig Napoleon fährt fort, durch die Legislatur auch den künftigen Rest von Rechten, welche er dem französischen Volke noch gelassen hatte, zu seiner Privatunterhaltung zu confisciren. So bedeutungslos und vollständig von der Regierung abhängig, seine nach dem Staatsreich erlassene Verfassung dasiebt, stößt er doch das selbstgegebene Gesetz aus eigener Machtvollkommenheit wieder um, und erläßt, um recht zu zeigen, daß er nur seinen Willen zu Rathe ziehen will, zehn Tage vor dem Zusammentreten des gesetzgebenden